

diskreditiren, nicht etwa bloss im Geheimmittelwesen, sondern auf Gebieten vorkämen, auf welchen der Zeitungsleser eine un-solide Reklame weniger erwarte; erst kürzlich sei eine solche z. B. aus der Speditionsbranche (von einer nichtwürttembergischen Firma) allgemeiner bekannt geworden. „Nun haben aber auch die öffentlichen Blätter, wie durch die vor einem Jahrzehnt von verschiedenen Redaktionen angebahnten Einigungsverhandlungen und durch das Vorgehen mehrerer amerikanischer und englischer Blätter bewiesen wird, an einer Säuberung und (systematischen) Redigirung des Annoncentheils insofern ein sehr grosses Interesse, als derselbe die Unterlage der Rentabilität eines öffentlichen Blattes bildet, und zugleich mit dem Annoncentheil sich auch die Rentabilität heben wird. Die reellsten Inserate sind heutzutage erfahrungsgemäss deshalb von weniger Erfolg, weil das Publikum infolge der schwindelhaften Annoncen gegen alle Annoncen misstrauisch geworden ist. Bei dieser Gemeinsamkeit der Interessen des Gewerbestandes und der Presse dürfte eine Abhilfe im Associationswege leichter, als gegen andere Manöver der „Concurrence déloyale“ beschafft, namentlich auf die wichtige Unterstützung seitens der Presse in ihrem eigenen Interesse gerechnet werden können. Erwähnung verdient in dieser Beziehung z. B. der Vorgang des Heilbronner Gewerbevereins, welcher vor zwei Jahren, nachdem die Frage auf der damaligen „Wanderversammlung württemb. Gewerbevereine“ gestreift worden war, eine „Kommission für den Gewerbeschutz“ mit der besonderen Aufgabe gebildet hat, nach dem Vorgange der Karlsruher und unserer Centralstelle, das Publikum über den wahren Werth der zahlreichen von auswärts in hiesigen Zeitungen erscheinenden grossartigen Anpreisungen billiger Waaren aufzuklären. So liess er z. B. im Vorjahre von Wien aus angepriesene Wunderuhren, von Hamburg aus angebotene Bettfedern zur Probe kommen, und gab dann den Erfind öffentlich bekannt.“ Ein anderes wirksames Gebiet wäre das Zusammenarbeiten derartiger Vereine und der Fachzeitungen wie der politischen Blätter behufs Säuberung des Inseraten-, vielleicht auch des Handelstheils.

### Die Handwerkerfrage.

Ihr gegenwärtiger Stand. — Die Aussichten auf Erfüllung der bis jetzt gestellten Forderungen. — Die beabsichtigte Enquête der Regierung. — Die geplanten Handwerkerkammern. — Die Stellung der freien Vereinigungen zur Zwangsorganisation.

Als ich im vorigen Jahre den Deutschen Handwerkerbund und seine Ziele auf Grund authentischen Materials in historischer Darstellung in unserem Organe besprach, habe ich darauf verwiesen, dass derselbe trotz anerkannter Ausdauer und ungeachtet zwölfjähriger Arbeit einen Erfolg in materieller Hinsicht bis dahin nicht verzeichnen konnte, dass vielmehr sein Hauptverdienst einzig und allein in der Aufrechterhaltung der Handwerkerbewegung bestanden hätte. Dieses Bild ist bis heute so ziemlich das gleiche geblieben. Auch in dem letzten Jahre wurde ausser von Angehörigen anderer Erwerbsstände, auch von dem Handwerkerbund die Regierung in Petitionen, Audienzen, im Reichstage u. s. w. erneut um Abhilfe der Missstände, die die Gewerbetreibenden bedrücken, sowie um Aenderung der einschlägigen Gesetze angegangen. Nach wie vor bildete bei diesen Versuchen von Seite der Vertreter des Handwerkerbundes die Einführung der Zwangsinnung und der obligatorische Befähigungsnachweis diejenige Forderung, auf die man den allergrössten Werth legte und deren Einführung man zur Besserung der Lage des deutschen Handwerkes als absolut nothwendig bezeichnete.

Einige bemerkenswerthe Aenderungen in der Arbeit, die erhofften Ziele zu erreichen, sind allerdings inzwischen eingetreten. Zunächst die, dass die Führer und Angehörigen dieses Bundes, die sich auch gern als die standes- und zielbewussten Vertreter des deutschen Handwerkes bezeichnen, in einem geharnischten Aufrufe zu dem demnächstigen Handwerkerstage in Halle a. S. ihren bisherigen Glauben auf eine Hilfe von Seite der Reichsregierung völlig bei Seite werfen. In diesem Aufrufe wird darauf verwiesen, dass man einer Regierung gegenüber, die nach viel-

jährigen Erwägungen, trotz zahlreicher Gutachten ihrer Ober- und Unterbehörden, ungeachtet wiederholter Verhandlungen in den gesetzgebenden Körperschaften und amtlichen Konferenzen, trotz zahlloser Petitionen aus Handwerkerkreisen immer noch nicht wisse, was dem Handwerk Noth thue und wie ihm zu helfen sei, wohl Zweifel hegen dürfe, ob sie ein gesetzgeberisches Werk vollbringe, das den Handwerker befriedige. Der Glaube an die Regierung sei dem Handwerker genommen, durch die Thatfachen der bisherigen unwesentlichen Erfolge ihrer mit grossen Opfern verknüpften Bestrebungen und der starren, regierungsseitigen Verweigerung der Erfüllung ihrer (nicht aller, nur des kleinen Theiles der deutschen Handwerker, Anm. d. V.) Hauptforderungen: obligatorische Innung und Befähigungsnachweis.

Wenn es nun zutrifft, dass dieser Hinweis vielleicht nicht ganz unbegründet ist, so steht aber auch andererseits unter allen Umständen fest, dass eine Regierung geradezu gegen die Interessen einer Bevölkerungsklasse handeln würde, wenn sie gesetzliche Maassnahmen unterstützen wollte, die zunächst und hauptsächlich darauf hinauslaufen, die weitaus grösste Zahl der deutschen Handwerker, die von einer obligatorischen Innung und einem ebensolchen Befähigungsnachweise absolut nichts wissen wollen, in solche Einrichtungen hineinzudrängen. Gerade in dieser Richtung krankt die ganze Bewegung des Handwerkerbundes vom Beginne seines Entstehens an. In eigenwilliger Weise, ohne jede Rücksicht auf die Mehrheit der deutschen Handwerker, sogar oft unter Berufung auf die Einstimmigkeit derselben, wurden von den Angehörigen dieses Bundes Forderungen aufgestellt, bei denen man gar nicht nöthig findet zu bedenken, ob sie auch der Geschmacksrichtung der Mehrzahl entsprechen. Können sich diese Herren, die ein solches Schablonisiren und derartige gesetzliche Aenderungen mit allen Mitteln herbeizuführen suchen, nicht endlich einmal zu dem Gedanken aufschwingen, dass sie damit dem grössten Theile der deutschen Handwerker gegenüber einen Terrorismus sondergleichen ausüben? Da muss es doch mit der Gegenliebe bedenklich aussehen! Bestrebungen solcher Art sind nicht nur im höchsten Grade unkluge, sie bedeuten auch taktische Fehler von so eminenter Tragweite, dass sie die Erfüllung der berechtigten Forderungen des deutschen Handwerkes in immer weitere Ferne rücken müssen. Statt mit Verständniss und Aengstlichkeit alles Dasjenige zu vermeiden, was geeignet ist, auf einen Zusammenschluss der sämtlichen deutschen Handwerker zu gemeinsamer Arbeit hindernd einzuwirken, wird immer wieder bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Forderung der Zwangsinnung und des Befähigungsnachweises in den Vordergrund gerückt, mit der Motivirung, dass ohne diese im deutschen Handwerk nichts anzufangen sei und dann wird die Regierung verantwortlich gemacht, dass sie den Wünschen der Handwerker nicht entgegenkomme.

Wie kann man von einer Regierung verlangen, dass sie Bestrebungen fördern und unterstützen soll, von denen die überwiegende Mehrzahl doch nun einmal nichts wissen will. Mit solchen Projekten werden die gesunden Bestrebungen beeinträchtigt und die Kräfte zersplittert. Was soll man überhaupt noch von der Forderung eines Befähigungsnachweises halten, wenn von einem der Führer des Handwerkerbundes öffentlich ausgesprochen wird — es war gelegentlich einer Versammlung, die zu Anfang des Monats März nach den Germania-sälen in Berlin zur Gründung einer Mittelstandspartei einberufen war —, dass der Befähigungsnachweis allerdings keine Garantie biete, dass eine gute Arbeit geliefert werde, ebensowenig wie bei studirten Leuten das Examen eine Garantie biete, dass aber derselbe Ordnung schaffen und vor den Ausschreitungen des freien Spieles der Kräfte schützen würde. Ja, da muss man wirklich sagen, das verstehe, wer es verstehen kann. Einen solchen Ausspruch kann ich nur auf die schon immer vorhanden gewesene, aber unrichtige Anschauung zurückführen, dass dem Befähigungsnachweise auch eine weitgehende wirthschaftliche Bedeutung beizulegen sei. Man bildet sich ein, dass derselbe gegen kapitalistische Ausbeutung und gegen das Grosskapital schützen, eine Konkurrenzregulirung herbeiführen und überhaupt die Grossindustrie lahm legen würde. Welcher Widerspruch liegt allein in diesem Satze des erwähnten Redners! Die be-